

# «Wir müssen mit dem Schlimmsten rechnen»

Noch nie habe die Schweiz in einer derartigen Krise so schnell reagiert, sagt Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Tobias Gafafer und Christof Forster. Er bestreitet, dass der Bundesrat bei den Sanktionen eine Kehrtwende gemacht habe

Die Lage in der Ukraine spitzt sich dramatisch zu. Macht Ihnen das Angst? Der Bundesrat ist über die Entwicklungen in der Ukraine sehr besorgt. Wir müssen mit dem Schlimmsten rechnen, das heisst mit einem Einmarsch der russischen Armee in urbane Gebiete mit möglicherweise vielen zivilen Opfern.

Weissrussland beteiligt sich offenbar am Krieg. Wie schützen Sie die Gefahr ein, dass weitere Länder in den Konflikt hineingezogen werden?

Auf westlicher Seite ist die Gefahr gering. Die Nato hat unmissverständlich gesagt, dass sie in der Ukraine militärisch nicht interveniere, weil dies dramatische Folgen haben könnte. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich weitere nicht-westliche Länder beteiligen, erachte ich gegenwärtig ebenfalls als klein.

Sie haben von einer Zeitenwende gesprochen. Was meinen Sie damit?

Ich rechne mit einer Zeitenwende für die Sicherheitspolitik, das Zugehörigkeitsgefühl und die Identität Europas. Die Situation ist diesbezüglich mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vergleichbar. Wahrscheinlich ist die insgesamt friedliche Epoche nach dem Fall der Berliner Mauer beendet. Wir müssen damit rechnen, dass es wieder zu einer militärischen Aufrüstung kommt und die bestehende Ordnung noch stärker infrage gestellt wird. Das bereitet mir Sorgen.

Der Bundesrat hat diese Woche eine Kehrtwende gemacht und die Sanktionen der EU gegen Russland vollständig übernommen. Hat vor allem der externe Druck dazu geführt?

Es war keine Kehrtwende. Am Donnerstag der letzten Woche habe ich eine ausserordentliche Bundesratssitzung einberufen. Sieben Stunden nach dem Kriegsbeginn haben wir uns bereits mit der Situation befasst. Der Bundesrat hat die gravierendste Verletzung des Völkerrechts auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg scharf verurteilt. Zudem hat er entschieden, dass die Schweiz nicht für die Umgehung der EU-Sanktionen benutzt werden soll. In der Folge prüfte die Verwaltung zwei Optionen: die Fortsetzung des bisherigen Kurses mit Massnahmen gegen Umgehungsgeschäfte und eine neue Linie. Am Montag hat sich der Bundesrat für den zweiten Weg entschieden.

Sie weichen aus. Letzte Woche setzte der Bundesrat noch auf den schwer vermittelbaren Sonderkurs, den er nach der Annexion der Krim eingeschlagen hatte. Der Bundesrat war sich einig, dass er einen Weg wählen muss, der den Kriegsentwicklungen Rechnung trägt. Ob man es nun Umgehungsgeschäfte oder Sanktionen nennt: Hauptsache ist, die Massnahmen wirken.

Die Botschaft ist aber eine andere. In der Regel hat die Schweiz die EU-Sanktionen übernommen. Nur 2014 ist sie davon abgewichen, da sie den OSZE-Vorsitz innehatte und Russland nicht düpiieren wollte. Die Schweiz hat tatsächlich in den meisten Fällen die Sanktionen der EU übernommen, auch gegenüber Weissrussland. Aber nie in der Schweizer Geschichte hat der Bundesrat in einer derartigen Krise so schnell entschieden. Innert 24 Stunden hat er eine gravierende Völkerrechtsverletzung scharf kritisiert und den Grundsatzentscheid getroffen, dass die Schweiz alles tun muss, um nicht unbeabsichtigt vom Krieg zu profitieren. Am Ende war unsere Haltung klar.

Warum hat der Bundesrat in der Sanktionsfrage nicht früher klar entschieden? Wegen der Neutralität und der Guten Dienste mussten wir gründlich klären, wie wir den Grundsatzentscheid umsetzen. Hätten wir uns 24 Stunden nach Kriegsbeginn für die Übernahme der EU-Sanktionen ausgesprochen, würden Sie mich heute fragen, ob wir die Folgen für die Neutralität und die Guten Dienste genau abgeklärt hätten.



Ignazio Cassis sieht in der russischen Invasion eine Zeitenwende für die Sicherheitspolitik, das Zugehörigkeitsgefühl und die Identität Europas.

ANNICK RAMP / NZZ

Der Bundesrat hat sich mit Ausnahme von 2014 praktisch allen Sanktionen der EU angeschlossen, ohne dass die Neutralität gross ein Thema war.

Neutralitätsrechtlich war der aktuelle Fall ziemlich klar. Die Neutralitätspolitik, die sich im Laufe der Zeit kontinuierlich entwickelt hat, warf aber Fragen auf. Wir mussten abklären, welchen Schritt wir bei einer massiven Verletzung des Völkerrechts durch ein wichtiges Land machen können. Es war richtig, sich für einen solchen Entscheid ein Wochenende Zeit zu nehmen.

Mass der Bundesrat mit unterschiedlichen Ellen, weil Russland wichtiger ist als Syrien oder Libyen?

Russland hat eine andere Dimension als Libyen. Es gehört zu Europa. St. Gallen ist wenige Autostunden von der Grenze zur Ukraine entfernt. Deshalb bewegt der Krieg die Bevölkerung auch so stark.

Aber im Ausland entstand der Eindruck, die Schweiz entscheide opportunistisch. Das bezweifle ich. In meinen Kontakten mit ausländischen Staaten habe ich andere Signale erhalten.

In angelsächsischen Medien hiess es, die Schweiz gebe ihre Neutralität auf. Wird das Instrument noch verstanden?

Gewisse internationale Medien haben falsch getitelt. Wir müssen mit unseren Vertretungen vor Ort immer wieder Aufklärungsarbeit leisten. Die positiven internationalen Medienreaktionen zeigen aber, dass das Narrativ des langsamen Bundesrats nicht stimmt.

Der Bundesrat und die Verwaltung wurden von der russischen Intervention auf dem falschen Fuss erwischt. Dabei warnen die US-Dienste seit Wochen davor, dass mit dem Truppenaufmarsch unmittelbar ein Angriff bevorstehe.

Es stimmt, dass die Geheimdienste in den meisten europäischen Staaten die Lage anders eingeschätzt haben. Auch in der Schweiz hielten wir das schlimmstmögliche Szenario nicht für das wahrscheinlichste.

Der amerikanische Präsident Joe Biden betonte wiederholt, die Russen ständen unmittelbar vor einem Einmarsch.

Ja, aber nicht alle westlichen Nachrichtendienste waren derselben Ansicht. Man tat die Warnungen zum Teil als Propaganda ab. Auch viele Kommentatoren haben von einer Hysterie gesprochen.

Kann die Schweiz trotz der Übernahme der EU-Sanktionen noch glaubwürdig vermitteln?

Es laufen Gespräche zwischen Russland und der Ukraine. Der Bundesrat hofft, dass diese erfolgreich sind und dass es zu einem Waffenstillstand kommt. Wenn dies nicht gelingt, stehen wir mit unseren Guten Diensten weiterhin zur Verfügung, unabhängig von den Sanktionen. Unsere Botschafterin in Moskau ist mit dem russischen Aussenministerium in Kontakt. Wir haben auch mit Weissrussland die Kontakte nicht abgebrochen, obwohl Präsident Alexander Lukaschenko auf der Schweizer Sanktionsliste steht.

Wie hat Russland auf die Sanktionen reagiert?

Bis jetzt hatten wir praktisch keine Reaktionen.

Die EU dürfte ihre Sanktionen weiter verschärfen. Wird die Schweiz diese automatisch übernehmen?

Nein, die Sanktionen der EU beurteilen wir von Fall zu Fall. Wir übernehmen lediglich die Sanktionen der Uno automatisch.

Die EU zeigt sich solidarisch mit der Ukraine, schreckt aber vor Sanktionen zurück, die wirklich weh tun. Mit den Einnahmen aus den Gaslieferungen finanziert das Putin-Regime den Krieg. Die Haltung der EU ist zwar verständlich, aber nicht sehr konsequent.

Auch viele Schweizerinnen und Schweizer sorgen sich darum, ob sie in zwei Monaten noch Gas beziehen können, und falls ja, zu welchem Preis. Neben dem Leid der Ukrainer ist dies für die Schweizer Bevölkerung eine zentrale Frage. Der nächste Schritt wäre ein Handelsbargo. Das wäre brutal hart, auch für die EU und die Schweiz.

Elitesoldaten haben das Schweizer Botschaftspersonal in Kiew evakuiert, wie die Tamedia-Zeitungen berichten. Wie ist diese Aktion abgelaufen?

Bereits vor dem russischen Angriff haben wir entschieden, die Schweizer Botschaft in Kiew mit Soldaten der Sondertruppe AAD 10 zu verstärken. Auch Sicherheitsexperten des Aussendepartements reisten nach Kiew. Wir wollten so lange wie möglich vor Ort präsent sein, um Schweizer Staatsangehörige zu unterstützen. Und wir wollten ein diplomatisches Zeichen setzen.

Warum haben Sie sich zum Abzug der Schweizer Delegation entschieden?

Aufgrund der militärischen Eskalation und der zunehmenden Angriffe auf die Hauptstadt war die Sicherheit unserer Mitarbeitenden nicht mehr garantiert. Der zweite Konvoi mit unserem Botschafter hat die Ukraine auf dem Landweg über die Moldau verlassen und ist jetzt zurück in der Schweiz. Die Schweiz war eines der letzten westlichen Länder, die noch in Kiew vertreten waren. In einem ersten Konvoi mit rund dreissig Menschen verliessen am vergangenen Freitag auch Zivilpersonen mit Schweizer Bezug das Land und kamen am Sonntag in Warschau an.

Der Krieg in der Ukraine befeuert die Debatte über den Schweizer Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Sollte die Schweiz ihre Kandidatur verschieben?

Nein. Der Ukraine-Krieg zeigt die Notwendigkeit, dass auch neutrale Staaten im Sicherheitsrat ihren Beitrag leisten. Es ist noch wichtiger geworden, dass wir uns für unsere Werte – Freiheit, Demokratie und Völkerrecht – engagieren. Die Schweiz kann mitentscheiden unter Wahrung ihrer Neutralität.

Was soll der Kleinstaat Schweiz überhaupt im Sicherheitsrat?

Die Schweiz wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur internationalen Ordnung und zum Weltfrieden leisten. Wir sind überzeugt, dass die Macht des Rechts wichtiger ist als das Recht der Macht.

Was bedeutet für Sie die Neutralität?

Das Neutralitätsrecht ist klar und völkerrechtlich sowie in der Bundesverfassung definiert. Wir exportieren etwa keine Waffen an kriegführende Staaten. Bei der Neutralitätspolitik geht es unter anderem um die Frage, wie wir unsere Werte wie Freiheit, Demokratie und Völkerrecht mit einer neutralen Position unter einen Hut bringen. Das ist eine Abwägung von Fall zu Fall. Neutralität heisst nicht Gleichgültigkeit, sondern dass wir gegenüber anderen Ländern militärisch nicht Partei ergreifen.

Im Uno-Sicherheitsrat gab es drei Abstimmungen zur Ukraine-Krise. Hätte sich die Schweiz der Stimme enthalten?

Die Schweiz kann sich in einer schwierigen Situation immer enthalten. Die Resolutionen zur Ukraine hätten wir unterstützt. Sie stehen in Einklang mit der Position des Bundesrats. Wenn ein Thema im Sicherheitsrat aufgrund eines Vetos blockiert ist, wird es häufig in der Uno-Generalversammlung debattiert. Dort hat die Schweiz bereits heute ein Stimmrecht. Die Schweiz muss wissen, was sie will – unabhängig vom Sitz im Sicherheitsrat.

Aber die Aufmerksamkeit ist beim Sicherheitsrat viel grösser.

Ja, kommunikativ gibt es Unterschiede. Die Mitglieder des Sicherheitsrats stehen viel stärker unter Beobachtung.

Im Sicherheitsrat werden rasche Entscheide gefragt sein. Ist die Schweiz darauf vorbereitet?

Ja. Wir haben sieben Stunden nach dem russischen Angriff eine ausserordentliche Bundesratssitzung abgehalten. Das kann nicht jedes Land. In einer Notfallsituation kann der Bundesrat innerhalb von Stunden entscheiden. Meist gibt es aber im Uno-Sicherheitsrat bei Resolutionen eine Vorlaufzeit von 48 Stunden. Zudem werden diese vorher ja über mehrere Tage oder gar Wochen verhandelt.

Kritiker glauben, der Sitz erschwere oder verhindere die Guten Dienste der Schweiz.

Davon gehen wir nicht aus. Die Länder erwarten von der Schweiz ihre klassische neutrale Rolle mit den Guten Diensten, Schutzmandaten und der Unterstützung von Friedensprozessen. Ich wäre nicht erstaunt, wenn die Schweiz auch im Ukraine-Krieg noch vermitteln könnte. Irgendwann muss der Krieg diplomatisch beendet werden.

ANZEIGE

«Selbstbestimmung bedeutet, über mich hinauszuwachsen.»

Kay Kunze  
Full-Stack Developer  
IT Schweiz

Für das selbstbestimmte Leben unserer Kundinnen und Kunden.